

Vertrag mit Revikon abgesegnet

Erstellt: 10.05.2022 Aktualisiert: 10.05.2022, 18:58 Uhr

Von: Jürgen W. Niehoff



Der Kaufvertrag zwischen der Gemeinde Altstadt und dem Projektentwickler Revikon Gießen für das rund 22 400 Quadratmeter große Areal im Bereich der B 521/ Frankfurter Straße ist nun auch von der Gemeindevertretung abgesegnet worden.

Bis zuletzt wurde um Einzelheiten des Vertrags zwischen der Gemeinde Altstadt und dem Gießener Projektentwickler Revikon hart gerungen. Auf der rund 22 400 Quadratmeter großen Fläche am Ortsausgang von Altstadt in Richtung Höchst will Revikon als Entwickler einen modernen Lebensmittelmarkt, ein Gesundheitszentrum (Ärztezentrum), eine Senioreneinrichtung sowie Wohnbebauung realisieren.

Durch einen städtebaulichen Vertrag soll sichergestellt werden, dass Revikon die Vorstellungen der Gemeinde dabei umsetzt. Nun ist die Entscheidung im Parlament gefallen.

Einige Passagen noch verändert

Zuvor hatten die Fraktionen ihre Positionen noch einmal erläutert. So zeigte sich die CDU mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Sven Müller-Winter sehr zufrieden damit, dass sie den Vertrag in einigen Passagen noch ändern oder ergänzen konnte. So ist nun festgeschrieben, dass in dem mehrstöckigen Gesundheitszentrum mindestens 50 Prozent der Fläche an niedergelassene Ärzte vermietet werden muss. Bei durchschnittlich circa 150 bis 200 Quadratmetern Mietfläche pro Arztpraxis bedeutet dies, dass im neuen Gesundheitszentrum vier Arztpraxen angesiedelt werden müssen.

Des Weiteren sollen in dem Seniorenheim über dem Einkaufsmarkt mindestens 50 Plätze für Pflegefälle vorgesehen werden sowie 15 Prozent der Wohnbebauung mit »preisgedämpften«, also bezahlbaren Mieten angeboten werden. Dabei soll die Bauweise aller Gebäude nach ökologischen Gesichtspunkten erfolgen.

Auch die SPD zeigte sich zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis, »da wir vor allem auf dem Ärztehaus bestanden haben«, sagte Fraktionschef Jan Voß. Lediglich die FDP schien nicht zufrieden. »Das Ärztehaus ist uns nicht groß genug, da wir neue Ärzte mit größeren Praxen dort hätten sehen wollen«, begründete Fraktionsvorsitzende Natascha Baumann ihre Ablehnung.

Kurz diskutiert wurde der von der FWG vorgetragene Wunsch, einen der archäologischen Funde in den Gebäudekomplexen sichtbar zu machen. Dazu liefen momentan noch Gespräche mit dem archäologischen Landesamt, wie Bürgermeister Norbert Syguda (SPD) berichtete, weil die Behörde wegen der Bedeutung der Funde auf einem angemessenen Ausstellungsort bestehe.

Das Abstimmungsergebnis über den Vertrag mit Revikon ergab 24 Ja-, fünf Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen. »Worauf wir lange warten mussten, wird endlich angegangen«, kommentierte Voß danach in einer Pressemitteilung. Vor vier Jahren habe die SPD den Antrag gestellt. Jetzt hoffe er auf einen zügigen Vertragsabschluss und baldigen Baubeginn.

Einstimmig angenommen wurde der CDU-Antrag auf Besichtigung des Bauhofs. Dabei soll eingeschätzt werden, was notwendig ist, um das Gemeindearchiv dort zu sichern und weitere bauliche Veränderungen zu besprechen. Auch die Freigabe der Haushaltsmittel zur Finanzierung der Beleuchtung des Rad- und Fußweges zwischen Oberau und dem Oberauer Kreisel wurde abgesegnet. Die ist die Voraussetzung für die Beantragung einer Förderung. Damit könnte zwischen 70 und 80 Prozent gedeckelt werden.

Keine Mehrheit für SPD-Antrag

Keine Mehrheit fand an diesem Abend nur ein Antrag. Mit ihm wollte die SPD erreichen, dass die Neugestaltungspläne für den Josef-Schulmeister-Platz als neue Mitte der Waldsiedlung noch einmal im Rahmen des LEADER-Programms überarbeitet wird. Die SPD wolle sich mit diesem Antrag ein Projekt »unter den Nagel reißen«, das von der Steuerungsgruppe der IKEK (Integriertes kommunales Entwicklungsprogramm) unter Beteiligung der Bürger ausgearbeitet worden war, wie die CDU-Gemeindevvertreterin Melanie Eckermann von ihrem Fraktionsvorsitzenden

Müller-Winter vortragen ließ. Sie warnte davor, das aus 25 Einzelprojekten bestehende Vorhaben von der SPD zerpfücken zu lassen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorschlag des CDU-Gemeindevertreters Raphael Valentini, das ausrangierte Feuerwehrauto LF 8 nicht weiterzuverkaufen, sondern der Ukraine zu stiften, fand zum Abschluss noch einmal die Aufmerksamkeit der Gemeindevertretung. Bürgermeister Syguda versprach, sich um diese Anregung zu kümmern.